

Sie kriegen den Karren nicht flott ...



Immer neue Milliardenlöcher tauchen in den Bilanzen der Banken und Konzerne auf. Hochspekulative Wertpapiere, riskante Kredite und hochgeputzte Aktienwerte müssen abgeschrieben werden. Den allein in den Bankbilanzen versteckten Finanzmüll schätzt das Finanzministerium auf bis zu 1.000 Mrd. Euro; das Eigenkapital aller Banken in Deutschland beträgt aber nur 366 Mrd. Euro. In den USA ist es ähnlich.

Finanzkrise – Produkt der „Realwirtschaft“

Das Kapital dehnt einerseits die Produktion so weit wie möglich aus und macht andererseits immer mehr die Produzenten des Reichtums, die LohnarbeiterInnen, überflüssig. Der Widerspruch zwischen Produktion und zahlungsfähiger Nachfrage wächst dadurch. Das untergräbt die Profitraten und erzeugt überschüssiges Kapital. In den USA und der Eurozone verdoppelte sich die von Banken anzulegende Kapitalmasse von 2000 bis 2008; in der Eurozone von 12,3 Bio. € auf 24,5 Bio. Da ein Überangebot von Kapital die Zinssätze senkt, fielen auch die Bankrenditen. Um dem entgegen zu wirken, floss immer mehr Kapital in immer riskantere Finanzgeschäfte. Die vom Kreditboom getriebene globale „Realwirtschaft“ taumelt nun selbst in eine gigantische Überproduktionskrise. Der Absatzmarkt für Autos, Stahl, Kunststoffe, Maschinen usw. bricht gewaltig ein. Die Auslastung der Industriekapazitäten sinkt rasant. Auch „stabile“ Großunternehmen stehen plötzlich vor dem Untergang.

Der Staat soll retten

Er versorgt halbbankrotte Banken mit Kapital und garantiert Bankkredite, die Banken sich untereinander und an Unternehmen gar nicht mehr geben würden. Er verschafft Unternehmen Aufträge und Umsätze mit Staatskredit.

Doch wer ist dieser Staat, der hier Rettungspläne schmiedet? Es sind die Chefs der Banken und Konzerne selbst, die mit ihren Politikern beraten, wie das Volk insgesamt in Haftung genommen werden kann. Sie ziehen sogar Verstaatlichungen in Erwägung. Banken wie die Hypo Real Estate zu verstaatlichen, bedeutet unter den jetzigen Bedingungen aber nur, die Folgen ihrer rücksichtslosen Zockereien statt auf ihre Geldgeber, z.B. die Deutsche Bank, auf die gesamte Bevölkerung umzulegen. Lafontaine und die Linkspartei befürworten die Verstaatlichung der Hypo Real Estate sogar, weil diese uns angeblich „billiger“ kommen würde. Das ist nicht unsere Politik. Für die Gläubiger der Banken und ihre Aktionäre kommt es „billiger“, nicht für uns. Alle „Rettungsmaßnahmen“ führen zu einer erheblichen Ausweitung der Staatsschulden. Und die müssen am Ende von uns mit der drastischen Kürzung von Sozialausgaben und Löhnen sowie mit Steuererhöhungen bezahlt werden.

**Wir müssen unsere eigenen Forderungen aufstellen, um den verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Krise entgegenzutreten.
Wir brauchen ein breites kämpferisches Bündnis gegen das Kapital.**

Das Kapital soll für die Folgen der Krise aufkommen!

- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.** Damit werden Entlassungen reduziert. Es ist überfällig, weil sich die gestiegene Produktivität seit 20 Jahren nicht mehr in Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen niedergeschlagen hat.
- **Einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro brutto.** Er muss als Existenzminimum von Erwerbstätigen lohnsteuerfrei bleiben.
- **Bezug von Arbeitslosengeld I mindestens fünf Jahre lang zu 80 % des Nettolohns.**
- **Anhebung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf mindestens 500 Euro und damit auch Anhebung der Kinderregelsätze.** Vollzeitlohnarbeit soll nur zumutbar sein, wenn Lohn und Kindergeld von Hartz IV unabhängig machen.
- **Rente mit 60 ohne Abschläge.** Das dient der Arbeitszeitverkürzung und dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Anhebung des Rentenalters bedeutet Arbeitszeitverlängerung und Rentenkürzung.
- **Abschaffung jeglicher von Kapitalmärkten abhängiger Altersvorsorge.** Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung. Grundrente als Mindestrente innerhalb der Rentenversicherung, nicht als Sozialhilfe.

Um zukünftigen Kreditblasen und Spekulation entgegen zu wirken, verlangen wir als Sofortmaßnahmen:

- **Absicherung von Bankgeschäften mit erheblich mehr Eigenkapital;**
- **Wiederanhebung des Körperschaftssteuersatzes und des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer mindestens auf den alten Stand von 56%;**
- **Verbot von Finanzwetten;**
- **Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten.**

All diese Forderungen sind keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft. Das Kapital ist unfähig zur Solidarität mit den arbeitenden Menschen. Die Forderungen setzen der Kapitalverwertung Schranken und verbessern unsere Lage. Solange aber die Kapitalverwertung Grundlage der Wirtschaft ist, werden weder Reformen in unserem Interesse noch alle Rettungsmaßnahmen der Regierung verhindern können, dass die nächste Krise kommt.

Demonstration:

Wir zahlen nicht für Eure Krise!

**28. März Frankfurt, 12 h,
Hauptbahnhof und Bockenheimer Warte**

Treffpunkt des Blocks

10 €, 30 Stunden, 500 €

**ab 11 h am Hauptbahnhof,
Kaiserstraße Ecke Moselstraße**

Broschüre zur Finanz- und Wirtschaftskrise:
Sie kriegen den Karren nicht flott ...
Anmerkungen zu Ursachen und „Lösungen“



3 Euro + Porto;
zu bestellen über
info@klartext-info.de